Humanistische Union

„es gibt kein plaz mehr fir uns, nur auf dem fridhof"

Der 28. Oktober 1938 — ein übersehener Jahrestag

In: vorgänge 164 (Heft 4/2003), S. 121ff

„Es war noch dunkel, als es an meiner Tür läutete. Ich wachte auf und sah, daß es erst fünf Uhr war. Ich wußte sofort, daß etwas Furchtbares auf mich zukam. Es gibt ein altes Gerücht, nach dem man um diese Zeit ‚abgeholt` wird. [...] Ich erwartete Schläge, Fußtritte, Schreie. [...] Vor der Wohnungstür im menschenleeren Treppenhaus stand aber nur der gemütliche Wachtmeister vom Revier. Wir waren alte Bekannte, sozusagen, und bis gestern hatten wir uns gegrüßt, wenn wir einander auf der Straße begegneten. Seine Stimme klang leise und mitleidig, als er sagte: ‚Ich muß Sie verhaften, Herr Littner!" (Koeppen 1994: 11 f.)
Diese auch im ungekürzten Original noch sehr knappe literarische Schilderung2 war lange Zeit eines der wenigen öffentlich beachteten Zeugnisse jenes Vorgangs, der im NS-Jargon „Polen-Aktion" hieß und vor fünfundsechzig Jahren, Ende Oktober 1938, die brutale Deportation Tausender in Deutschland lebender polnischen Juden bedeutete. Die Geschichtsschreibung der Ausgrenzung und Entrechtung von Juden im nazistischen Deutschland er-wähnt dieses Ereignis zwar öfters en passant, fast immer aber ohne genauer nach Umfang, Verlauf und Bedeutung zu fragen. In den Erinnerungskulturen der westlichen, der östlichen und der vereinigten Republik, die ja seit den1980er Jahren (und meist anlässlich von „Jahrestagen") eine bemerkenswerte Ausdifferenzierung erfuhren, war angesichts der nachfolgenden Exzesse kein Platz für dieses Exempel des NS-Rassismus. Der 28. Oktober 1938 markiert also nicht einen vergessenen „Jahrestag", sondern einen gänzlich übersehenen.
Dies beginnt sich langsam zu ändern — durch grundlegende Untersuchungen (vgl. Tomaszewski 2002) wie auch durch eine Reihe von Lokalstudien. Sie zeigen, dass die Oktoberdeportation nicht nur für die große Zahl der Betroffenen eine erste traumatisierende Erfahrung mit der terroristischen Seite des NS-Antisemitismus darstellte und für die meisten von ihnen ein „Präludium der Vernichtung" (Tomaszewski) war, sondern dass dieses Ereignis für die handelnden deutschen Stellen auch (nachträglich betrachtet) eine „Generalprobe" war – einerseits für die technisch-administrative Zusammenarbeit, andererseits für den öffentlichen Umgang mit der kollektiven Ausgrenzung und Deportation.
Eine halbe Stunde Zeit zum Packen ...
Was also geschah am 28.10.1938? In einer reichsweit koordinierten Aktion wurden auf Befehl Reinhard Heydrichs und mit Ermächtigung Heinrich Himmlers ungefähr 17.000
Menschen – Juden polnischer Herkunft sowie vielfach auch ihre Familien – in den frühen Morgenstunden verhaftet, in Sammelstellen verbracht und im Laufe des Abends mit Sonderzügen an die polnische Grenze geschickt. Die Gesamtzahl der Deportierten verweist bereits darauf, dass es hier nicht um vereinzelte Repressionen ging. Die groß angelegte Verhaftungswelle erstreckte sich auf fast alle Städte des Reiches. Einige Beispiele: In Kiel wurden 130 Personen verhaftet, in Hamburg 1.000, 600 in Hannover, genauso viele in Dortmund, 420 in Essen, 70 in Gelsenkirchen, 55 in Bottrop, 361 in Düsseldorf, mehr als 2.000 in Berlin, ebenfalls 2.000 in Frankfurt am Main, 1.000 in Stuttgart, 493 in Chemnitz und Umgebung, 1.660 in Leipzig, fast 3.000 in Breslau.
Die Durchführung verlief nicht ganz systematisch: Die örtliche Polizei war teilweise erst in der Nacht über die bevorstehende Aktion in-formiert worden. Viele Männer wurden am Arbeitsplatz verhaftet, wodurch sie von ihren ebenfalls deportierten Familien getrennt wurden. Eine halbe Stunde räumte man den meisten Menschen zum Packen des Notwendigsten ein. Mancherorts wurden die Familienangehörigen der erwachsenen Männer auch ganz verschont oder durften noch bis zum Mittag Besorgungen machen – so in Berlin, wo Marcel Reich-Ranicki zu den Betroffenen gehörte. Anderswo achteten die Behörden sorgsam auf

die Erfassung der (oft nichtjüdischen) Ehefrauen und der Kinder. Die verhafteten Familien wurden meist bis zum Abend an festgelegten Sammelpunkten – Gefängnissen, Feuerwehrhäusern, Turnhallen, Rathäusern etc. – festgehalten. In den größeren Städten gelang es den Jüdischen Gemeinden noch, rasch notdürftige Hilfen bereitzustellen – trotz aller Distanz zu den „Ostjuden" erkannten auch die stark „assimilierten" Gemeindemitglieder offensichtlich die Bedeutung der Aktion.
Die oft auch aus Vorstädten und Dörfern zusammengetriebenen Juden brachte man mit Lastwagen oder in Marschkolonnen zum nächstgrößeren Bahnhof. Auch bettlägerige Kranke und demente alte Klinikpatienten wurden, auf Bahren oder Stühle geschnallt, zum Zug transportiert. Diese „Arbeit" verrichteten vor allem Kriminal- und Schutzpolizei, im übrigen SA und SS. Über die Frage, wie weit die lokale Öffentlichkeit von diesen Vorgängen Kenntnis genommen hat, gehen die Zeitzeugenberichte, selbst wenn sie aus der gleichen Stadt stammen, auseinander. Manche Opfer berichten, durch „Hintergassen" zum Essener Bahnhof geführt worden zu sein, doch ein anderer Betroffener schildert: „Auf dem Weg zum Bahnhof, ja, standen die Essener, zu beiden Seiten, haben sich das angeschaut, ja standen Spalier. Und die Reaktion war verschieden: Einige haben geweint, andere haben gespuckt, ja, jeder nach seiner Auffassung. Die meisten waren gleichgültig."3
In den Abendstunden setzten sich die Züge Richtung Polen in Bewegung. In den Waggons wurden die Verhafteten noch einmal von Polizisten daraufhin kontrolliert, dass sie nicht mehr als zehn Reichsmark bei sich hatten. Die Mehrzahl der Betroffenen wusste oder ahnte, dass die Züge nach Polen fuhren, aber welche Endgültigkeit dieser Akt habe würde, konnten sie nicht überblicken. Viele von ihnen waren noch nie in Polen gewesen, die meisten der in Deutschland geborenen Kinder konnten gar kein Polnisch.
Diskriminierung und Deportation als deutsch-polnisches Zusammenspiel?
Die so genannten „Ostjuden" stellten im Deutschen Reich traditionell eine Gruppe „unerwünschter" Ausländer dar; präventive Abschiebungen wegen vermuteter illegaler Geschäfte oder politisch nicht genehmer Betätigung waren schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik an der Tagesordnung. Seit der Jahrhundert-wende, vor allem seit dem Ersten Weltkrieg lebten einige Zehntausend osteuropäische Juden, in erster Linie aus Polen und Russland, in Deutschland: Armutsflüchtlinge, „hängengebliebene" Durchwanderer, Zwangs- und Vertragsarbeiter der Kriegsjahre, Intellektuelle im politischen Exil usw. Viele der polnischen Staatsangehörigen unter ihnen waren „nur theoretisch" Bürger Polens: Die galizischen Juden etwa, eingewandert oder geflohen aus einer österreichisch-ungarischen Provinz, fanden sich nach 1919 als „Polen" in Deutschland wieder, mit der Staatenlosigkeit als einziger Alternative.
Ab 1933 steigerten sich die behördlichen Schikanen drastisch: Aufenthaltserlaubnisse wurden willkürlich beendet oder verkürzt, es gab keine Einreisevisa mehr, selbst bereits rechtswirksame Einbürgerungen wurden rückgängig gemacht. Die polnische Regierung – ein autoritäres Regime unter dem ständigen Druck antisemitischer Oppositionsgruppen – beobachtete die Lage der in Deutschland lebenden polnischen Staatsangehörigen seit der NS-Machtübernahme besonders besorgt, allerdings nicht unbedingt aus humanitären Gründen. Die Aussicht auf eine massenhafte Rückkehr arbeits- und vermögensloser Juden brachte das polnische Außenministerium 1936 dazu, konkrete Gegenmaßnahmen zu planen. Der amtliche Verdacht eines anzunehmenden „Verlusts jeder Verbindung mit dem polnischen Staat" sollte es ermöglichen, den in Deutschland lebenden Ostjuden die Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Im März 1938 stimmte der Sejm dem entsprechenden Gesetz zu. Der Passentzug war damit gegenüber all denen möglich, die länger als fünf Jahre außerhalb Polens lebten, gegen den polnischen Staat agitiert hatten oder ein öffentliches Amt eines anderen Landes bekleideten. Um das Gesetz durchzusetzen, scheuten sich seine Befürworter nicht, alle Register der Denunziation und Hetze zu ziehen: Die potenziellen Rückkehrer seien Polen mehrheitlich feindlich gesonnen, arbeiteten als Mädchenhändler für die Bordelle Südamerikas und hätten im Spanischen Bürgerkrieg gelernt, „wie man Kirchen anzündet" und „Pfarrer ermordet".
Die Sorge vor einer Flüchtlingswelle wuchs auf polnischer Seite mit weiteren antijüdischen Maßnahmen in Deutschland, dem „Anschluss" Österreichs sowie dem Scheitern der Evian-Konferenz im Sommer 1938. Am 6. Oktober verfügte der polnische Innenminister daher, die Pässe aller im Ausland lebenden Polen bis zum 30. Oktober zu kontrollieren und danach nur noch die bei dieser Gelegenheit verlängerten Dokumente für eine Einreise gelten zu lassen. Das kam einem Einreiseverbot gleich, denn die Konsulate in Deutschland weigerten sich in den meisten Fällen, die entsprechende Abstempelung vorzunehmen.
Die deutsche Reichsregierung, welche das polnische Taktieren aufmerksam beobachtet hatte, befürchtete nach diesen Maßnahmen eine rapide Zunahme der Zahl staatenloser Juden in Deutschland, doch ihre

Protestnoten, in denen die Rückreiseerlaubnis auch ohne die Passverlängerung gefordert wurde, blieben ergebnislos. Daraufhin wies die SS am 26. Oktober die zuständigen polizeilichen Stellen an, vor Ablauf der von den Polen gesetzten Frist möglichst alle in Frage kommenden Personen aus Deutschland auszuweisen und „vor Ablauf des 29. Okt. 1938" nach Polen abzuschieben. Die Deportationen wurden nach zwei Tagen eingestellt, weil Polen im Gegenzug begonnen hatte, Deutsche auszuweisen; soweit einzelne Transporte noch nicht die Grenze erreicht hatten, durften die Zuginsassen (auf eigene Kosten) zurückkehren.

Zbaszyn – Chaos und Solidarität

Es gab mehrere Zielorte für die Abschiebungen – der bedeutendste und bekannteste von ihnen ist die polnische Grenzstation Zbaszyn (Bentsehen) in der Provinz Posen, ein Ort mit damals etwa 4.500 Einwohnern. Die völlig überraschten polnischen Grenzbehörden in Zbaszyn versuchten zunächst, den Zügen die Einreise zu verweigern. Daraufhin wurden die Insassen vom deutschen Begleitpersonal und der in der Grenzregion mobilisierten Gestapo zu Fuß sieben Kilometer weit über die grüne Grenze getrieben. Männer, Frauen, Greise, von ihren Familien getrennte Kinder und Jugendliche irrten unter Verlust ihres Gepäcks durch Felder und Niemandsland, wurden durch Warnschüsse zurückgejagt, schließlich in Zbaszyn notdürftig aufgenommen und versorgt.
Rund dreitausend Menschen gelang es in den ersten Tagen nach der Deportation, von Zbaszyn aus in das Landesinnere Polens weiter zu reisen — dann unterband die polnische Regierung dies und der Ort wurde ein Lager zwangsweisen Aufenthalts. Recht schnell kristallisierte sich eine Struktur der Hilfe und Selbsthilfe heraus: Jüdische und christliche Gruppen aus ganz Polen bildeten unter der Mitwirkung von Emanuel Ringelblum, der später das berühmt gewordene Untergrundarchiv im Warschauer Ghetto leitete, ein nationales Hilfskomitee aus Freiwilligen, das US-amerikanische „Joint Distribution Committee" und andere ausländische Organisationen sammelten Spenden für die Gestrandeten. Die Aufnahme der Menschen durch die einheimische Bevölkerung war überraschend positiv – die Deportierten entsprachen mit ihrer urbanen Herkunft nicht den in Polen verbreiteten antisemitischen Klischees des Ostjuden und waren ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für den kleinen Ort. Für viele Juden – insbesondere solche, die Geld eingeschmuggelt hatten oder über polnische Verwandte welches bekamen – entspannte sich die Unterbringungssituation im Lauf der ersten Wochen allmählich: Etwa 1.500 Menschen konnten in Privatzimmern wohnen; die Mehrzahl der Festgehaltenen — die Zahlenangaben schwanken für Zbaszyn zwischen 5.000 und 10.000 – musste jedoch weiterhin in Militär-Pferdeställen und den fünf Etagen einer ehemaligen Mühle hausen.
Zeitgenössische Berichte betonen aber neben den erstaunlichen Hilfsleistungen durch die nichtjüdischen Einwohner Zbaszyns und ganz Polens ebenso die große Bereitschaft vieler Betroffener zur Selbstorganisation. Emanuel Ringelblum berichtete einem Freund: „Während dieser fünf Wochen bauten wir eine ganze Stadt mit einem Vorratslager, einer Krankenstation, Tischlerei, Schneiderei, Friseur- und Schumacherläden, einem juristischenund einem Emigrationsbüro, einer Post mit 53 Angestellten, einem Sozialamt, einer Beschwerde- und Schlichtungsstelle und einem Putz und Sanitätsdienst. Zusätzlich zu den 10-15 Leuten aus Polen waren mindestens 500 Flüchtlinge aus Deutschland in diesen Abteilungen beschäftigt." (zit. n. Milton 1990: 200f.) Sprachkurse, Leseräume, Konzerte und eine halbwegs geregelte Verpflegung erzeugten einen Anschein von „Normalität", obwohl die Wohnsituation katastrophal blieb.
Besser als die älteren konnten sich viele der jüngeren Deportationsopfer mit der Lage arrangieren; für manche von ihnen war die dramatische Veränderung auch das Ende schrecklichen Abwartens, sie hatten sich in so genannten Hachschara-Lagern zur Exil-Vorbereitung bereits mit dem Aufbruch in andere und unübersichtliche Situationen vertraut gemacht, das Lager bot eine Gelegenheit zu jugendlich-solidarischer Aktivität und dem Ausweichen vor elterlicher Autorität. „Wir waren die Jungen, die Chaluzim, wir haben dafür gesorgt, dass Ordnung in die Bude kommt, wir haben gekocht [...]", berichtete eine Überlebende aus Essen. Greta Schiffmann aus Dortmund, sechzehn Jahre alt, schrieb im Juni 1939 an ihren Bruder, der in ein zionistisches Pionierlager in Polen hatte weiterreisen können: „Ich habe schon viel gelernt beim Backkurs. Freitag haben wir Stachelbeer- und Rhabarbertorten gebacken. Die Obsttorten bekommen die Kinder im Stadion. Es sind jetzt überhaupt die ganzen Kinder von Zbaszyn im Stadion. Die spielen und turnen da den ganzen Tag [...]." (zit, n. Pickhan 2000: 197). Eine solche Beinahe-Idylle dürfte allerdings nicht für alle Kinder von Zbaszyn gegolten haben: mehr als hundert sind namentlich bekannt, die ohne ihre Eltern deportiert wurden.

Das Netzwerk der Hilfsorganisationen wandte für die Unterbringung und Versorgung der unfreiwilligen Flüchtlinge riesige Summen auf — zunächst täglich ungefähr 10.000 Zlotys (2.500 US-Dollar). Nach der anfänglichen Solidaritätswelle wurde es im Frühjahr 1939 – noch immer wurden etwa dreitausend Mensehen in Zbaszyn festgehalten – schwierig, diese Summen aufzubringen.
Viele der Deportierten durften im Laufe des Jahres 1939 zu Verwandten in Polen weiterreisen. Ende Januar 1939 kam es schließlich auf diplomatischen Kanälen zu einem Agreement zwischen deutscher und polnischer Regierung über eine kurzfristige Rückkehr-Erlaubnis für tausend Deportierte. Diese sollten zu Hause Gelegenheit erhalten, Vermögensverhältnisse abzuwickeln, Wohnungen aufzulösen u.ä. Zudem wurden auf Grund der internationalen Empörung einer erheblichen Zahl von Jugendlichen und Kindern Ausreisemöglichkeiten nach England und Palästina geboten; Jerzy Tomaszewski schätzt deren Zahl auf tausend bis tausendfünfhundert. Der über-wiegende Teil der zwangsweise nach Zbaszyn und in andere Grenzorte Verbrachten verblieb jedoch in Polen. Im Juli 1939 befanden sich noch 1.421 Ausgewiesene in Zbaszyn. Nachdem das jüdische Hilfskomitee in immer stärkere finanzielle Turbulenzen geraten war, wurde am 30. August das Lager aufgelöst. Am 1. September überfiel die deutsche Armee Polen – die Mehrzahl der im Oktober 1938 Vertriebenen geriet in den nächsten Jahren in die Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten.

Nur eine Episode auf dem Weg zur Endlösung?

Dass die Oktober-Aktion von 1938 über Jahr-zehnte von Forschung und Öffentlichkeit so wenig beachtet wurde, hängt vor allem mit den wenige Tage später von der Nazi-Führung inszenierten Pogromen des 9. und 10. November zusammen – diese haben sich inzwischen als zentrale Metapher für die Ausgrenzung, als jener Tag, an dem „Nachbarn zu Juden wurden", ins öffentliche Bewusstsein eingegraben. Tatsächlich aber sind beide Vorgänge unmittelbar und eng miteinander verknüpft: Zu den Deportierten gehörte nämlich auch die Hannoveraner Familie Grynszpan; ihre Postkarte mit der Abschiebungsnachricht erreichte den in Paris lebenden Sohn Herschel am 3. November 1938 und mo-
tivierte ihn – mit gleichzeitigen Presseberichten – zum Pariser Attentat auf den Botschaftsbeamten von Rath, das den Nazis zum Anlass und Vorwand der „Kristallnacht" wurde.
Der 28. Oktober muss kein Tag von Gedenkroutinen werden. Nachdem aber Generationen von Antifaschisten den Satz von Martin Niemöller „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen ...." strapaziert haben, um sich an die Empirie und die allmähliche Eskalation des Terrors heranzutasten, ist es an der Zeit, andere Spezifika der Entrechtung und Verfolgung in den 1930er Jahren als die altbekannten ins Gedächtnis zu heben. Der 28. Oktober 1938 markiert den Stellenwert von Staatsbürgerschaft respektive Staatenlosigkeit in Migrations- und Ausgrenzungsprozessen, er legt ein Instrumentarium offen, dessen sich die Nationalsozialisten später extensiv bedienten. Es ist an der Zeit, auch diesen Teil der Ereigniskette von NS-Verbrechen in Lokalgeschichte und biografische Forschungen, historisch-politische Bildung und unser Bewusstsein der vollzogenen Zivilisationsbrüche einzubeziehen. Zudem macht dieses Datum deutlich: Die mit der Judenvernichtung zerbrochene deutsch-jüdische Geschichte war nicht nur eine der oft beschworenen Mendelssohns und Heines, Liebermanns und Einsteins. Mit der Shoah wurden (was auch jüdisches Gedenken nach 1945 weitgehend aussparte) auch ungezählte „kleine Leute" und Einwanderer zunächst vertrieben, später vernichtet und aus der deutschen Geschichte gestrichen. Zu ihnen gehören der Wäschevertreter David Zytnicki aus Essen und der Schneider Sendel Grynszpan aus Hannover, der Schuhhändler Schmerler aus Bochum und die Hausfrau Cäcilie Buchholz aus Mannheim, der Eierhändler Markus Schiffmann aus Dortmund, der angehende Gärtner Chaim Yechieli aus Schleswig, Rosa Friedfertig aus Hamburg, Otylia Steppel und Bernhard Langsam aus Düsseldorf und viele andere, an deren Tür es am Morgen des 28. Oktober 1938 früh und anhaltend läutete.

1 Josef Schauder/Essen in einem Brief aus Zbaszyn am 8.7.1939 (Archiv der „Alten Synagoge" Essen)
2 Die neuerdings diskutierte Frage, inwieweit Koeppens „Roman" ein Fall anmaßend-verfälschenden Ghostwritings oder gar von Plagiat ist, wird hier beiseite gelassen, vgl. die Sammelrezension von Marcel Atze im Newsletter des Fritz-Bauer-Instituts Nr. 24, www.fritzbauer-institut.de/rezensionen/n124/atze. htm (15.9.2003)
3 Interview mit Max Schanzer, 1980er Jahre (Archiv der „Alten Synagoge" Essen)

Literatur

Koeppen, Wolfgang 1994 (1948): Jakob Littners Aufzeichnungen aus einem Erdloch, Frankfurt/M.

Milton, Sibyl 1990: Menschen zwischen Grenzen. Die Polenausweisung 1938; in: Menora. Jahrbuch für deutsch jüdische Geschichte, München, S.184-206
Pickhan, Gertrud 2000: „Niemandsland". Die Briefe der Greta Schiffmann und das Schicksal einer jüdischen Familie, ausgewiesen aus Dortmund im Oktober 1938; in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 91, Essen, S.169-201
Schmerler, Susi 1997 (1939): Bericht über die Deportation der Ostjuden im Oktober 1938 und das Lager Zbaszyn in Polen; in: Sachor. Zeitschrift für Antisemitisniusforschung und jüdische Geschichte und Gegenwart, Bd. 7, S. 63-66
Tomaszewski, Jerzy 2002: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/164-vorgaenge/publikation/es-gibt-kein-plaz-mehr-fir-uns-nur-auf-dem-fridhof/
Abgerufen am: 22.11.2026